

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Samstag und ist durch die  
Expedition, Name Gruppenf., 5/6,  
durch die Post und  
durch Buchhändler zu beziehen.  
Preis zweitjährl. 1902, 2,50.  
pro Woche 20 Pf.  
Postleitzahlige Nr. 8170.

# Volkswacht

für Schlesien, Polen und die Nachbargebiete.

Beitrag für die einschlägigen  
Periodika über deren Namen  
80 Pfennige für Bezahl- und  
Sammelungs-Schriften  
10 Pfennige.

Postkarte für die nächste Nummer  
zurück das Bezahlung über in der  
Sparte abzugeben werden.

Gesponnen  
Nr. 1206.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Gesponnen  
Nr. 1206.

Nr. 247.

Donnerstag, den 20. Oktober 1904.

15. Jahrgang.

## Kutte und Bäßchen.

Unzählige Male schon haben wir auf den Katholikentagen mit stolzen, ja überschwenglichen Worten verkünden hören, daß die katholische Kirche den demokratischen Sozialismus und den Atheismus siegreich überwinden und die sozialen Probleme zum Heil der gesamten Menschheit lösen werde. Man kann nicht leugnen, daß die ultramontane Demagogie mit großem Geschick die von ihr gegängelten Volksmassen festhält und von einer großen Zahl von Proletariern das erlösende Licht des Klassenbewußtseins vollkommen abzuhalten weiß. Wie lange das noch dauern kann, sei heute nicht erörtert und auch nicht, mit welchen Mitteln die ultramontane Demagogie die Massen bearbeitet. Bisher ist in Bezug auf die Kutte ist sie nicht. Und bei allen schönen Redensarten bleibt es doch das Ziel dieser Kuttenträger, der ganzen Welt wieder die alte Mönchskappe über die Ohren zu stülpen, auf daß sie in der alten „wohlältigen“ Finsternis erhalten bleiben möge. Denn, meinte einst einer dieser schwarzen Demagogen, August Reichensperger, wozu soll ein Schafskitt Bildung bekommen? Das macht den Mann ja nur ungern und unzufrieden mit seinem Los!

In diesem einen Satze ist die ganze Weisheit der ultramontanen Sozialpolitik, wenn man noch einige breite Bettlappen dazu nimmt, enthalten.

Nun ist in Berlin ein Deutscher Protestantentag zusammen gewesen, und die Herren mit den Bäßchen haben ihr Werk! Weh! über Welt und Zeit geschrien. Einzelne waren so liebenswürdig, Welt und Zeit und Jahrhundert einfach als „unfehllich“ zu bezeichnen, weil ihnen die Menschen nicht mehr fromm genug sind. Sie befanden sich, der Respekt der Menschen vor der Priesterschaft sei stark im Schwaden, da man die Theologie als ein Brothodium, wie jedes andere betrachte. Sie konstatirten die wachsende „Gottlosigkeit“ in der Welt. Herr Naumann war auch unter diesen Wehslagenden; er schlug freilich einen anderen Ton an. Er meinte, die Völker wollten heute nicht mehr Almosen, sondern Recht. Das stimmt, und wenn Naumann noch sagte: „Welchen Einfluß hätte es gemacht, wenn beim Erlass des Sozialistengesetzes eine Kirche gesagt hätte: Das ist ungerecht!“ — so hätte er hinzufügen können, daß damals der Katholizismus dem Protestantismus den Wind aus den Segeln genommen, denn das Zentrum war gegen das Sozialistengesetz, während der kulturmäpferische Nationalliberalismus und das vermuerte Junkertum für dasselbe waren. Hat dies Herr Naumann nicht gewußt?

Doch dies nebenbei. Die Hauptache scheint uns, daß auf diesem Protestantentag die These aufgestellt und verteidigt wurde: „nur durch die Überwindung des Katholizismus sei die machende Macht des Atheismus zu brechen!“ Ein sächsischer Pfarrer vertrat mit riesigem Eifer diese seltsame These, im Gegensatz zu Naumann, der die Zukunft der Kirche davon erhofft, daß die Religion zur Privatsache erklärt resp. die Kirche vom Staat getrennt wird.

Die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden sind der Meinung, daß der Protestantismus zum Atheismus führe. Der Jesuitenorden ist ja nur zu dem Zweck gegründet worden, die Reformation in allen ihren Erfcheinungen zu bekämpfen und den Katholizismus auch wieder der Form nach zur allein seligmachenden Kirche zu erheben. Der Protestantismus dagegen sieht die Beseitigung des Katholizismus als unerlässlich für die Beseitigung des Atheismus an.

So reisten die Kämpfer mit Kutte und Bäßchen gegen einander zum Turnier an. Dabei schreiben wir 1904 und haben in Deutschland 37 Millionen Protestanten und 22 Millionen Katholiken!

Was man zuverlässig aus diesen Verhandlungen erfährt, ist, daß der Unglaube reißende Fortschritte macht. Neu war uns das gewiß nicht; nur war es interessant, daß von den Gelehrten aus ihren eigenen Gemeinden berichten zu hören. Ein rheinpfälzischer Pfarrer glaubte betonen zu müssen, daß die Welt noch nicht ganz „entgöttert“ sei. Zuversichtlich klingt das nicht. Aber derselbe Pfarrer meinte auch, es ginge eine gewaltige Erweiterung durch die religiösen Traditionen.

Die Kirchen können sich nur behaupten, indem sie sich an die äußerlichen Machtmittel klammern, die ihnen infolge ihrer Verquälzung mit dem Staat zur Verfügung stehen oder aus ihrem Besitz hervorgehen. Die Zeiten, in denen sich die Kirche lediglich auf den Glauben stützen konnte, sind längst vorbei.

Staat und Gesellschaft haben eine Menge der Obriegelheiten übernommen, die sonst der Kirche zufielen. Und dann ist das Zeitalter der Konkurrenz aller gegen alle, sowie des großen Klassenkampfes der Unterdrückten gegen die Privilegierten gekommen. Früher, als sich die Künste noch ihre Schutzheiligen wählten, stand die Kirche dem zünftigen Meister wie dem Gesellen nahe. Zwischen den festen Formen mittelalterlicher Produktion konnten sich die Priester und Mönche umherstummeln. Aber was wollen sie mit ihren Glaubenssätzen im Geraffel der Maschinen der Neuzeit? Dampf und Elektrizität vertragen sich schlecht mit den Religionen. Beim biederem Landvolke hat sich der alte Glaube länger gehalten. Aber der moderne Industrialismus reißt das Landvolk immer mehr in seinen Winkel hinein und der moderne Geist verbreitet den patriarchalischen. Die Überreste des Mittelalters gehen aus dem Leim.

Wir begreifen vollkommen, daß dabei so manchem Pfafflein nicht wohl in seiner Haut ist. Wenn diese Leute sich aber genug umsehen wollen, so würden sie finden, daß in unserer Welt dem alten Glauben ein Feind erwachsen ist, gegen den es kaum noch eine Waffe gibt.

Gewiß, die alten Denker und Philosophen haben sich viele Mühe gegeben. Von Spinoza und den Encyclopädisten bis zu Feuerbach und Renan haben sie mit nimmermüdem Fleiß Stein um Stein von dem alten Dogmengebäude abgetragen. Aber ihr Wirken beschränkte sich immer auf einen bestimmten Kreis; Millionen lebten und webten um sie her, die schweigend das Elend des Daseins ertrugen und dem Blick zu den Sternen erhoben, wo sie die Ver-

geltung und Belohnung erwarteten. Da kam der rauhe Materialismus unserer Zeit und richtete die Blicke der Menschen auf die Erde selbst. Das Klassenbewußtsein erwachte und mit ihm die Hoffnung, sich bessere Bedingungen des Kampfes ums Dasein erringen zu können. Diese Hoffnung trog nicht. In manchen Dingen ist es besser geworden und daraus erwächst immer neue Energie, den Kampf weiter zu führen.

Die alte Kirche ist nun beinahe zweitausend Jahre an ihrer Arbeit — aber wo bleiben die versprochenen Erfolge? Die Kirche selbst ist groß, reich und mächtig geworden, aber die christliche Kirche hat den mittelalterlichen Sklaven nicht befreit, hat den Leibeigenen und Hörigen in ihre Dienste genommen und hat dem modernen Lohnsklaven nichts als ein Machtfaktor der herrschenden Klassen gegenübergestanden. Die große Kirchenpaltung hat daran nichts geändert.

Wenn die Herren mit Kutte und Bäßchen glauben, der Atheismus könne mit der Religion überwunden werden, so verklären sie vollkommen den Gang der Dinge. Dieser beweist gerade das Gegenteil.

Wir lassen jeden nach seiner Fasson selig werden, aber wir bekämpfen die Verquälzung der Kirche mit dem Staat. Der Zwiespalt zwischen den beiden Kirchen aber kann unsere Hoffnung, daß auch bei uns ein lichteres Zeitalter der Geistesfreiheit einmal kommen wird nur verstärken. Sie zeigen uns ja selbst die schiese Ebene, auf der es mit ihnen abwärts geht.

## Japan und Russland.

Auf dem Schlachtfelde ist Ruhe eingetreten; ob sie dauernd sein wird, oder ob sie nur die Ruhe vor neuem Sturme bedeutet, ist noch nicht sicher zu erkennen. Seit Dienstag Abend sind keine Bewegungen vom Hauptquartier eingegangen. Es wird angenommen, daß auf die erfolglosen Angriffe der Russen in der Nacht vom Montag eine Weile Unaktivität folgt. Die Zusammenziehung der russischen Truppen gegenüber den Abteilungen der Generale Ostu und Nodzu, die am Montag Nacht erfolgt ist, hat hier den Eindruck hervorgerufen, daß die Russen zum Angriff übergezogen haben möchten und eine große Schlacht nahe bevorstehe. Jetzt nimmt man aber an, daß Europa in den Endgültig die Nacht auf dem rechten Flügel zu bedecken beabsichtigt, um Zeit zu gewinnen, die Armee über den Hunho zu rücken und den Russen, denn man glaubt hier, daß es ihm weder möglich sein werde, eine Angriffsbewegung gegen die Japaner zu unternehmen, noch auch seine Stellung am Schaho zu behaupten.

Die Auffstellungen über die japanischen Verluste seit dem 10. Oktober sind noch nicht vollständig, ebenso die Meldungen über die Verluste des Feindes, auch ist die Zahl der eroberten Geschütze noch nicht sicher festgestellt. In der Bevölkerung herrscht der Eindruck, daß die Lage vor Port Arthur einer Krisis nahegerückt ist und die Entscheidung wohl nur noch eine Frage von Tagen sei.

**Im Vaterhause.**  
Sozialer Roman von M. u. n. K. a. u. s. v.  
[Nachdruck verboten.]

Tini drehte sich rasch um und sah die ihr ins Gesicht.  
„Wie sieht gar, Sie hätten auch noch Lust, zu schwärmen.  
Schauen Sie lieber, daß Sie ins Bett kommen, es ist schon spät.  
Dann die Hände in heftigem Ungebuld ineinanderpreßend: „Und  
dieser Emil kommt nicht zurück.“

„Der Herr Emil noch nicht zu Hause?“

„Nein, der Vater ist schon ganz wütend, und die Maletischen  
sind auch noch nicht da.“

„Auch noch nicht?“ rief die Kestel und umfaßte triumphhaft den  
Schlüsselband. „Ja, da muß ich mich aber tummeln, mit dem Brü-  
derchen, sonst schimpfen sie mir noch vorher herein.“

Und sie lief hinab, so schnell sie konnte, um ihr Sperrgeld nicht  
zu verlieren.

Ja, Vater Witte war mit seinen Töchtern noch nicht nach  
Hause gekommen, und Frau Elise saß, sie erwartend, bei ihrer  
kleinen Petroleumlampe, stopfte Strümpfe und hatte Mühe, sich wach  
zu halten.

Sie hatte eben einen neuen Haben genommen, da hob sie  
horchend den Kopf.

Ein Wagen rasselte durch die stillen Nachte; man hörte den gleich-  
mäßigen Rutschtag gut geführter Pferde, die plötzlich stehen blieben;  
der Wagen hielt vor dem Hause.

Das war ein Ereignis.

Sie sprang empor, die Hand gegen das furchtbare knospende  
Herr gedrückt.

Da war etwas geschehen — ein Unglück vielleicht!

Da wurde auch schon die Haushölde gezogen.

Sie waren es. Elise wollte ihr zu entgegen gehen — aber sie  
wankte — und machte sich flüchten.

Da nahm sie vom Hofe her die lauten, fröhlichen Stimmen  
ihrer Kinder.

Sie kamen die Treppen heraufgestürzt.

„Gott sei Dank!“ hauchte Elise.

Im nächsten Augenblick ward die Tür aufgerissen, ihre Tochter

sprangen herein und waren sich ihr an den Hals.

Mutter, Mutter, wußt Du nur mitgemessen!“

Sie wollte ihnen für ihr langes Aufbleiben einen Vorwurf

machen, aber vor den leuchtenden, glückstrahlenden Augen ihrer Kinder

verschwand er. Jetzt trat der Vater mit Kleinkind Tini herein, die

vor Neugier brannte, zu hören, was sich da ereignet hatte.

Es folgte ein kurtes Durcheinander von Fragen und Aus-

führungen, von Lachen und Rütteln, und als test alle in der großen

Stube versammelt waren, nahm Frau Witte den Schirm von der Lampe, um ihre Kinder in vollem Licht betrachten zu können.

Sie trugen Blumen in den Händen, Blumen an den Hüten, Blumen an den Kleidern.

Die Mutter schlug die Hände zusammen.

„Sag mir nur, Kinder, was heißt denn das?“

„Gelt, da staunst Du,“ rief Gusti, „und die vielen Straußchen  
— für Dich, Mama.“

Sie hielt ihr mit einem Strudel eine Anzahl kleiner Bouquets, die

sie in einer Hand zusammengefaßt hielt, entzogen.

„Sie haben noch mehr gehabt,“ erzählte der Vater mit stolzem

Schmunzeln, „aber sie haben die Pölze davon verloren.“

„O, nicht verloren,“ entgegnete Gusti, „sie haben sie uns wieder

abgekettet. Von mir hätten sie nichts getrieben, aber Luisa —“

„Ja, Du — ah, die schöne Rose, die Du da vorgesetzt hast, die

hast Du wohl eingehandelt?“

„Ich will sie ins Wasser geben,“ rief Luisa und wendete sich

zur Tür. Die Mutter sah ihr erschauend nach. Sie sah so holdselig

aus in ihrem Blumenstrauß, ein zarter Anhauch von Weiblichkeit

lag in ihrer Haltung, und nun diesesflammende Erstaunen, das sie

verbergen wollte, j. Sie wendete sich ungeduldig an ihren Mann:

„Erzieh mir doch!“ Der Auffall hat da eine mir interessante Belehrtheit ver-

mittelt,“ begann Witte lächelnd. „Schönartige Menschen, diese Strauß-

affen haben Eroberungen gemacht.“ „Wir sind in ihrer Equipage nach Hause gefahren,“ prahlte

Gusti. „He — in einer Equipage!“ rief Tini, die fröhlich nach Gusti

schrie. „Und wie sind wir gefahren, gesessen sind wir — das wäre

was für Dich gewesen, Tini.“

Die Mutter zeigte sich nur noch ungeduldiger, und Mama und

Tochter begannen nun gleichzeitig in sie hineinzureden, um ihr den Vorwagen zu erzählen, von denen sie noch ganz erfüllt waren,

und welche den Papa mindestens ebenso glücklich gemacht hatten, wie

sein Töchter.

Zwei Herren und eine Dame sind beim graden Michel an

einem Tisch umwelt von uns gesessen —“

„Da kam ein Blumenmädchen —“

„Sie hatte den Korb voll der schönsten Straußchen, und die

Dame —“

„O, nein, der Herr war's, weißt Du, der — der häbische

Vater mit dem Armband — wirklich, Vater, auf Ehr' — er trug

ein Armband,“ sagte Gusti.

„Ja, der kaufte ein Straußchen und legte es vor die Dame

hin, die aber griff nach dem Korb, leerte ihn, und während sie die Blumen mit dem Arm rauschte, rief sie lachend, sie wolle sie alle haben; sie nannte den Herrn einen Kraut und machte ihm dabei Augen, so merkwürdige, wilde, funkende Augen.“

„Was hattet Ihr hinzusehen, das gehörte sich gar nicht,“ verwarf die Mutter.

„Aber wenn sie so komisch war und solche Grimassen schnitt,“ wandte Gusti zur Entschuldigung ein, „und geschminkt war sie und alt war sie auch —“

„Was die eben alt nennen,“ beeilte sich Witte zu sagen, „es war unsere berühmte Sondrette —“

„Sicherlich keine sehr feine Dame,“ verzogte Frau Witte trocken.

„Aber, Elise, es war meine geliebte Künstlerin, die unvergleichliche Elise. Sie wußte die Mädels in seiner Weise wegen ihrer Unzogenheit zu beschönigen, indem sie zwei der schönsten Bouquets heraus suchte und sie ihnen zuwarf. Ich sage Ihnen, sie sollten sich zum Tanz vereinen, aber sie haben weder nur gelacht.“

„Aber die drüber haben auch gelacht.“

„Und diese Lacherei war das Zeichen zu einem vollen Bombardement, das von der Dame und den beiden Herren gegen die Mädels eröffnet wurde.“

„Das war lustig, Mama!“ rief Gusti und legte ihre warme

Hand auf die der Mutter, „die Straußchen kamen nur



Genosse Mehrlein führte aus, daß er heute nicht eingehend auf die einzelnen Punkte zurückzunehmen wolle, in nächster Zeit werden ja noch mehrere Wahlversammlungen stattfinden und würde sich dabei Gelegenheit genau finden, die kommunalen Verhältnisse eingehend zu erörtern. Heute wolle er nur kurz auf die Stadt Breslau als Arbeitgeberin eingehen. Redner erörtert dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter, wobei er besonders auf das Fehlen von Arbeiter-Ausschüssen, Rundschauungsfest, Altersanlagen u. a. zu sprechen kommt. Mehrlein zeigte ferner, wie knapp es um das Koalitionsrecht der Gemeindearbeiter bestellt ist, wobei er auf vorgelöschte Maßregelungen hinweist. Besonders scharf kritisiert Mehrlein das arbeiterfeindliche Verhalten der konservativen liberalen "Freien Vereinigung" bei den Beratungen im Stadtparlament. Er beweist dies Behauptung an Auswirkungen von Abgeordneten der genannten Richtung, wie der Herren Pfeider, Stein, Weibe und Schreye. Nachdem Mehrlein noch kurz die Überhöhung der städtischen Werke gestreift, schließt er mit die Aufforderung an die Erfahrenen, alle Kräfte daran zu sezen, daß im 23. Beirat der Sozialdemokratie ein voller Erfolg beschieden sein möge. (Beifall.) Genosse Übe macht darauf aufmerksam, daß unter der Herrschaft der Liberalen und Konservativen nicht ein einziger Arbeiter dem Stadtparlament angehörte, trotz aller zur Schau getragenen Volksfreundlichkeit hat man auch diesmal den Bürgern des Nifolai-tores keinen Arbeiter präsentiert. Es müssen noch mehr Großraumleute und Fabrikbesitzer, Gastwirte und Reutlers ins Stadtparlament kommen, der Arbeiter, der ist höchstens zum Stimmen gut. Es ist eine falsche Auffassung, daß die Stadtvertretetenwahlen weniger wichtig seien als die Reichs- und Landtagswahlen. Der Vortrag des Genossen Bruns beweise, welche wichtige Dinge dabei in Frage kommen. Wenn wir nur die Schulfrage ins Auge fassen, so sehen wir dabei schon, daß die Stadt nicht nur materielle Erleichterungen bietet kann, sondern große Aufgaben bei der Heranziehung eines sozialen und geistig gesunden Volkes zu erfüllen hat. Die Stadt nimmt an der Ausbildung des Volkes durch die Schlachsteuer teil, sie schürt uns nicht vor der Ausbildung durch die Hansagruppe, dazu ist sie zu reaktionär und ihre luxuriöse Verkehrspolitik hat dazu beigetragen, daß die enormen Überdüriffe unserer Straßenbahnen in die Taschen einiger Aktionäre fließen, statt der Allgemeinheit auszuführen zu werden. Als bürgerlich ist die Gemeinde nach die Stadt wichtige Aufgaben ... alle haben, den sozialen Forderungen des ... dies aber steht sie mit Verständnislosigkeit gegenüber. Wir aber versprechen Ihnen, im Falle unserer Wahl die Tätigkeit fortzuführen, die die Genossen Bruns und Schütz begonnen haben. Das ist wohl die beste Empfehlung. (Beifall.)

Der Vorsitzende Schütz macht darauf aufmerksam, daß uns in den bevorstehenden Wochen voraussichtlich noch mehrfach Gelegenheit geboten sein wird, mit den Wählern in Verbindung zu treten. Dabei wird noch manche am heutigen Abend nicht zur Erörterung gekommene Frage angeschnitten werden. Mit einem Appell an die Opferwilligkeit der Genossen und einem dreifachen Hoch auf unsere Sache schließt der Vorsitzende die Versammlung.

\* **Die Sittlichkeitsschwäche an der Arbeit.** Auf der Breslauer Kreishypothek, welche dieser Tage versammelt war, hat nach bürgerlichen Berichten, der Vorsitzende Pastor prim. Max folgende Ausschätzungen gemacht:

Der Redner vermisst bei einzelnen Gemeinden die Angaben über die korrigierte Brüder. In der kleinen Gemeinde Hennersdorf seien von 100 Brüdern 69 deforciert, eine bedenkliche Zahl, wenn man bedenkt, daß diese Zahl bei Maria-Magdalena nur "21" betrage.

Wir möchten doch einmal wissen, auf Grund welcher Untersuchungen die Herren das Resultat erzielt haben! Werter wissen denn die Geistlichen, welche Brüder "deforciert" seien? Das ist ja schließlich eine ganz niedrige Schnüsselei, die man in einer Großstadt kaum für möglich halten sollte. — Scherhaftes Interesse zeigten die Herren auch noch für die Übertritte zur Freireligiösen Gemeinde. Sie haben sich gewundert, daß der Vortrag Fischer im Maurerverband keinen Riesenerfolg gehabt habe. Uns wundert das nicht. Jahrhunderte lange Verbindung kann nicht durch einen einzigen aufklärenden Vortrag beseitigt werden.

\* **Die Berliner Gärtner, Drucker, Schleifer, Schlosser usw. befinden sich im Streik bzw. sind ausgesperrt.** Die Kühnemänner suchen seit einigen Tagen in ganz Deutschland nach Streikbrechern. Kein Metallarbeiter darf jetzt nach Berlin reisen. Die Kollegen gehen damit der Gelegenheit, Streikbrecher zu werden, aus dem Wege. Beim Kampf gegen die Todfeinde des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Berliner Kühnemänner, rechnen die Berliner Kollegen auf die moralische Unterstützung der ganzen deutschen Metallarbeiter.

\* **Das Mandat des Herrn Faltin.** Wie berichteten gestern nach dem "Böhmischem Stadtblatt", daß der Reichs- und Landtagsabgeordnete Faltin mandschüde sei. Dazu schreibt großspurig die satham bekannte "Neisser Zeitung":

Unbekanntes Gerücht verbreitet das "Böhmisches Stadtblatt", wenn es sagt, Rechtsanwalt Faltin wolle seine Mandate als Land- und Reichstagsabgeordneter wiederlegen. Das wird Herr Rechtsanwalt Faltin nicht tun. Einem amtlichen Blatte steht es schlecht an, solchen Matsch (!) zu verbreiten.

Wie sieht es um den "Matsch" in Wirklichkeit aus? Die "Schles. Volkszeitung" hat Herrn Faltin angefragt und daraufhin hat derselbe ihr geantwortet, daß er einige Vertrauensmännern der Zentrumspartei in Böhmen gegenüber allerdings gedroht habe, daß er wohl seiner Gesundheit und der Erziehung seiner Kinder wegen im Laufe der Periode gezwingt werden würde, seine Mandate niederzulegen. Einen bestimmten Entschluß habe er zur Zeit (!!) noch nicht gefaßt.

Man sieht, die wahrheitsliebende "Neisser Zeitung" hat wieder einmal geschwindelt!

\* **Zu den Stadtvorordneten-Wahlen.** Für den 14. Bezirk (2. Abteilung) ist seitens des liberalen Bezirksteils ein der Ohlauer Vorstadt der frühere Schlossermeister, reizige Partisan Ferdinand Rothe als Stadtvorordneten-Kandidat aufgestellt worden; für den 13. Bezirk (2. Abteilung) haben der Verein "Kaiser Friedrich" und der Bezirkverein für die Ohlauer Vorstadt gemeinsam den früheren Stadtvorordneten, Partisanen Paul Reitnauer, aufgestellt.

\* **Aussteller-Schmerzen.** Am Mittwoch fand im "Palast-Restaurant" eine Versammlung von Ausstellern, der verlorenen Ausstellung für Handwerk und Kunstgewerbe statt. Es handelt sich bekanntlich darum, daß einige Aussteller plaudern, eine Prämie verdient zu haben, während sie in Wirklichkeit keine, oder doch eine geringere Auszeichnung, als sie erwarteten, erhalten haben. Ueber die Versammlung wird uns berichtet.

Der Leiter des Palast-Restaurants, Hermann, machte zunächst einige

Punkte zu beschäftigen, ob Verlöse gegen die Grundsätze der Bestimmungen für das Preisgericht zu verzögern sind. Er sprach sodann die Beschwerden einiger Aussteller und die daraus vom Vorstand des Preisgerichts gegebene Antwort. Redner sei vom Preisgericht behandelten Aufgaben mit Ernst und Gewissenhaftigkeit erledigt worden.

Nun entstand eine längere erregte Debatte über alle möglichen Fragen, sodaß Flossen endlich wünschte, zu den etwa vorliegenden Protesten überzugehen. Nachdem einige Aussteller ihre Beschwerden vorgetragen, wollte der Vorsitzende Heymann nach der gegebenen Darstellung nur zwei Verlöse erkennen, und zwar betraf es die Beschwerden der Aussteller Fenzl und Schub. Ersterer will bereits 5 Mal unparteiisch prämiert worden sein, diesmal aber nicht. Letzterer hält es für unzulässig, daß der Osnabrückan Schulte mit der Verteilung prämiert worden sei, weil er schon über 10 Medaillen habe, müsse er wieder prämiert werden. Dagegen sei die Firma Kempinski mit Recht prämiert worden für den Eigenbau ihrer Weine. In der weiteren Debatte beteiligten sich u. a. noch Rechtsanwalt Treuenfels als Vertreter der Aussteller, Rechtsanwalt Bick und Redakteur Grothaus, Vorsitzender des Preisgerichts Generalagent Heymann. Es hält es für am richtigen, daß diejenigen Aussteller, die Verlöse seitens des Preisgerichts für vorliegend erachten, sich an Herrn Rechtsanwalt Treuenfels wenden, um eventuell im Civilprozeßwege ihr Recht zu erstreiten.

Ob man ein Bedürfnis im Prozeßwege erlämpfen kann, scheint uns doch sehr fraglich.

\* **Auf der Lokalsuche.** Unserer Mitteilung in der letzten Sonnabend-Nr. können wir heute einen neuen Beitrag hinzufügen. Gingen da unsere Genossen vor dem Oberstot zum Wirt des "Felschloßchen", um ihn zur Hergabe des Lokals zu einer Wählerversammlung zu bewegen. zunächst wisch der Herr aus und vertröstete mit der Entschuldung auf später. Als man schließlich auf eine Antwort drängte, da erklärte der Herr, es ginge nicht gut, wenn um diese Zeit lärmten die Studenten wieder, um ihre verbotenen! — Die Red. Menschen waren abzuhalten. Um verbotene Vorgänge in seinem Lokale dulden zu können, meist der Herr eine gesetzlich erlaubte Versammlung ab. Kann man sich ein schöneres Beispiel von deutschem Gastwirts-Mannesmut den?

\* **Auf das Volks-Konzert,** welches der Sozialdemokratische Verein am 30. Oktober veranstalten wird, möchten wir unsere Leser aufs Neue hinweisen. Die Vorsitzende werden gebeten, sich für den Vertrieb der Programme zu interessieren, die bei den Distriktsführern und in der Expedition der "Volkswacht" zu haben sind.

\* **Der Arbeiter-Kalender 1905** ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vornwärts erschienen. Der Inhalt des diesjährigen Kalenders ist überaus reichhaltig und zweckentsprechend zusammengestellt.

Wie alljährlich, so enthält auch dieser Kalender die "Ergebnisse der Reichstagswahlen 1903 mit sämtlichen bis zum September der Stadtstaatsabgeordneten Nachwahlen". Diese Nachweise sind für die Parteidienstgenossen von besonderem Wert, kommen doch die in der Vorsitzenden Genossen sehr oft in die Lage, sich schnell und sicher über Stimmenverhältnisse dieses oder jenes Wahlkreises orientieren zu müssen. Für diesen Zweck wertvoll sind auch die kurzen biographischen Notizen unserer Reichstagsmitglieder. Ein besonders für die jüngeren Parteidienstgenossen wichtiges Kapitel ist "Unsere toten Abgeordneten", in dem kurze, mit Porträts geschmückte Lebensabribe der verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegeben werden. Ein guter Erfolg wünschen wir schließlich auch dem nächsten Kapitel, eine sachverständige Anleitung: "Wie man ein guter Redner wird". Als eine Neuerung, die wir sehr begrüßen, finden wir im Kalender das Adresser-Verzeichnis unserer gesamten politischen und gewerkschaftlichen Presse", und im Anschluß daran eine kurze Bielefeldung für alle, die an Redaktionen schreiben", die beherzigt werden sollte. Für diesen Zweck wertvoll sind auch die kurzen biographischen Notizen unserer Reichstagsmitglieder. Ein besonders für die jüngeren Parteidienstgenossen wichtiges Kapitel ist "Unsere toten Abgeordneten", in dem kurze, mit Porträts geschmückte Lebensabribe der verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegeben werden. Ein guter Erfolg wünschen wir schließlich auch dem nächsten Kapitel, eine sachverständige Anleitung: "Wie man ein guter Redner wird". Als eine Neuerung, die wir sehr begrüßen, finden wir im Kalender das Adresser-Verzeichnis unserer gesamten politischen und gewerkschaftlichen Presse", und im Anschluß daran eine kurze Bielefeldung für alle, die an Redaktionen schreiben", die beherzigt werden sollte. Für diesen Zweck wertvoll sind auch die kurzen biographischen Notizen unserer Reichstagsmitglieder.

\* **Die Plakatsäule auf dem Universitätsplatz** ist entfernt worden, da sie den Blick auf den demnächst zu errichtenden Fechtbernen wenuen, wesentlich beeinträchtigen würde. Sie hat ihren Platz rechts vor der Universitätsbibliothek erhalten, sodass jetzt zu beiden Seiten der Brücke Säulen stehen. Auch ein Gastwirtelabau hat weichen müssen, und ist am Kaiserstor aufgestellt worden. Die Vorarbeiten zur Errichtung des Monumentalbrunnens sind so weit gefordert worden, daß die Aufführung bald erfolgen kann.

\* **Stadttheater.** Verdis große Oper "Aida" gelangt heute Donnerstag zur Aufführung. Morgen Freitag geht Halibys große Oper "Die Jüdin" in Szene. Am Sonnabend wird Richard Wagner's romantische Oper "Der siegende Holländer" aufgeführt. Am Sonntag wird Rossini's comische Oper "Der Barbier von Sevilla" vorbereitet, wozu Leoncavallos Oper "Bajazet" gegeben wird. Nachmittag wird Shakespeares Lustspiel "Was ihr wollt" zu erstauchten Preisen aufgeführt.

\* **Operntheater.** Heute Donnerstag wird Savanis und Charvens ausgeschloßener Schwank "Die 300 Tage" wiederholt. Morgen Freitag wird Léhar's populäre Operette "Der Kaffebinder" gegeben. Am Sonnabend findet die erste Aufführung von Oskar Blumenthal's neuem Drama "Der tote Löwe" statt, welches der Verfasser beinhaltet wird.

für die am 28. Oktober ("La Dame aux Camélias"), und 29. Oktober ("L'Aiglon") stattfindenden Gastspiele von Sarah Bernhardt und ihrer Gesellschaft findet der Vorverkauf täglich von 10 bis 2 Uhr im Kassensturz des Stadttheaters statt.

\* **Wolfsvorstellung.** Als letzte Vorstellung für Gruppe B wird morgen, Freitag, Oskar Blumenthal's Lustspiel "Der Probespiel" aufgeführt. An der Abendkasse Billetverkauf.

\* **Thaliatheater.** Für Sonntag wird im Thaliatheater Wilek's beliebte Operette "Der Bettelstudent" vorgetragen.

Hirschberg, 20. Oktober. Wegen Übertreibung des Betriebs- und Versammlungsgesetzes hatte der Gütesicherer Ernst Hoferichter aus Seifersdorf vom Amtsgericht zu Alt-Grimm einen Strafbefehl über 6 Mark erhalten. H. sollte Ende August in einem dortigen Gasthaus eine öffentliche Versammlung ohne vorherige polizeiliche Anmeldung abhalten haben. Da Hoferichter Einspruch erhob, kam es vor dem Amtsgericht zu Seifersdorf u. K. zur gerichtlichen Verhandlung. Hieraus ergibt sich, daß H. schreibt, als man in Seifersdorf vor der Wahl eines Ortsvorsteigers stand, einige betrunkenes Gemeindemitglied zu einer Befreiung im Gasthaus für Sonntag Nachmittag eingeladen hatte, was aber niemand dazu erschienen war. Natürlich war dann trotzdem von etwa einem halben Dutzend Gästen die bevorstehende Wahl am Sonntag gestreift worden. Das Amtsgericht erachtete dann auch eine Versammlung im Sinne des Gesetzes nicht für vorliegend und ist der Ansicht,

dass nur irgende Voranzeichen den Amtsgericht den Begriff einer öffentlichen Versammlung annehmen lassen könne. Es sei das Recht eines jeden Bürgers, sich auch eventuell im Gasthaus in kleinerem Kreise über Angelegenheiten auszutauschen. Das Interesse der Bevölkerung gehe nur so weit, bei öffentlicher Überwachung von öffentlichen Angelegenheiten eine Anmeldung zwangsweise Überwachung der Versammlungen zu erlangen.

Görlitz, 18. Oktober. Ein Regulator kann nicht gehandelt werden, weil er unentbehrlich und zur Regelung des Haushalts notwendig ist, hatte der Landgericht Görlitz in einer Strafsache erkannt, wo es sich um Fortschaffung von Sachen handelte, an denen das Rechtswesentliche geltend gemacht war. Der vierte Strafgericht des Reichsgerichts hat diesen Anspruch erkannt.

Gleiwitz, 20. Oktober. Zwei Kinder bei einem Stubenbrande erstickt. In der im 2. Stock befindlichen Wohnung des Maurers Michael auf dem Rittersdorfer Dorfstraße bei Gleiwitz kam, wie das "Oberschlesische Tageblatt" meldet, gestern ein Stubenbrand zum Ausbruch. Die beiden 3 und 1 Jahre alten Kinder, Johann und Franz, waren von den Eltern in der verschlossenen Wohnung allein gelassen. In der Dunkelheit starb sie. Das Feuer, das vermutlich von den beiden Kindern durch Spielen mit Streichhölzern angelegt war, hatte, als es von einem Hausbewohner bemerkt wurde, bereits die Decke des 1. Stocks zum Teil vernichtet. Beim Ersuchen der Eltern fand man die beiden Kinder leblos auf dem Bett vor.

Domb (Oberschlesien), 18. Oktober. Ein Tier quälte vor Gericht. Der Fleischer Wielopolski aus hier, 48 Jahre alt und bereits 27 Mal wegen verschiedener Vergehen vorbestraft, wurde Mitte August d. J. von einem Polizei-Sergeanten in Briesen dabei abgesucht, wie er sein Ferkel wegen geringer Qualität mit dem dicken Ende des Beilshandels in der englischen Lüftungslöcher mißhandelte. Hierüber zur Rede gestellt, kam er dem Beamten grob und widerstreitig sich schließlich seiner unausbleiblichen Festnahme. Die Strafkammer in Beuthen O.S. verurteilte den rüttenden Tierquälern zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis.

### Aus der Provinz Posen.

Posen, 20. Oktober. Subvention. Die Finanzkommission der Stadtvorordneten-Versammlung hat der Orchester-Vereinigung einen Zufluss von 1500 Mark aus städtischen Mitteln bewilligt. Kein proletarischer Steuerzahler weiß klar, wer und was die Orchester-Vereinigung ist und was für Gründe zu dieser Bewilligung führten?

Stromberg, 20. Oktober. Eine öffentliche Versammlung fand am 18. Oktober im "Tivoli" statt. Auf vielseitigen Wunsch erstatte die Genossen Finsel nochmals Recht vom Bremer Parteitag, der sich wesentlich mit dem in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins gegebenen deckte. Durch die Annahme einer Resolution drückte die Versammlung ihr Einverständnis mit den Verhandlungen des Parteitages aus. Hierauf referierte Genosse Stössel über: "Die Vorzüge der Arbeiterpreise im Befreiungsprozeß des Proletariats." Redner erklärte den Wert der Arbeitstreue für die nun bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen lämpsende Bevölkerung. Weiter kritisierte er tressend die Haltung und Schreibweise der bürgerlichen Zeitungen den Arbeitern gegenüber. So führte er den vorjährigen Kampf der Bau- und Hafenarbeiter an, wo die hiesigen bürgerlichen Zeitungen in vor Lügen strotzenden Artikeln die kämpfende Arbeiterschaft mit Schmuck bewarben. Genosse Stössel empfahl deshalb die am Ende erscheinende Volkswacht zu abonnierten und für die größtmögliche Verbreitung derselben zu sorgen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Nachdem noch Genosse Finsel bekannt gemacht hatte, daß Versammlungen auf die Volkswacht im Arbeiterschatz, Jakobstraße 17, entgegen genommen werden, schloß er mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Ein Messerstahl. Am Dienstag hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der fröhliche Anton Malowksi aus Russland wegen Körperverletzung zu verantworten. In der Nacht zum 2. September kam es auf dem Bahnhof in Schulz zwischen einer Paar russischer Flüchter zu Streitigkeiten. Dabei beschuldigte Malowksi den Angestellten, ihm Geld gestohlen zu haben, worauf es zu Täuschungen kam. Im Verlaufe der Rauerei ergriff Mr. sein Taschenmesser und verlegte dem O. einen Stich in die linke Kopfseite. Der Verletzte mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis, welche Strafe durch die Untersuchungsbehörde als verbüßt erachtet wurde. Der Angeklagte wurde aus der Haft sofort entlassen.

### Litteratur.

**Pädagogische Reform.** Eine Bierteljahrsschrift, herausgegeben von der Lehrerbereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung und den Garanten der "Pädagogischen Reform". Herausgeber: Rudolf Höh. Verlag der "Pädagogischen Reform", Hamburg 19. (3 M. jährlich, Einzelheft 80 P.)

Das 3. Heft enthält folgende Beiträge: Der pädagogische Handarbeitsunterricht und die künstlerische Erziehung. Von Albert Seidel-Büch. — Von Alfons-Ulfert. Von Heinrich Wolgast-Hamburg. — Reichen als Ausdrucksmittel. Von Franz Brees-Altona. — Naturprodukt und Kunstwerk. Von H. Th. Matth-Meyer-Hamburg. — Zweierlei, das mich angeht. Von Otto Ernst.

Aus Hugo Münsterbergs Werk über "Die Amerikaner." — Rundschau: Der Kampf um die Jugendchrift. Von Fr. v. Borstel. — II. Internationaler Kongress zur Förderung des Zeichen-Maler-Kunstvereins. Von Karl Götz. — Vereinigung der Kunstmaler des Charlottenburger Lehrer-Vereins. Von A. Giltner. — Mannheim. Von Hermann Stückler. — Ullgarn. Von Koloman Ghory. — Künstlerische Wandbriefe. Von Dr. Spanier. — Bücher. Besprochen von Karl Möller und C. Götz.

### Neueste Nachrichten.

#### Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Der bei der Armee Russ. befindliche Richterstatter des "Reiterischen Vereins" meldet in einer aus Jusas aufgegebenen Depesche vom 19. d. M.: Russische Karten, die von den Japanern erbeutet wurden, zeigen, daß die Russen ihren Rückzug organisiert hatten unter Beschützung der Flotte, an denen während der Verfolgung Widerstand geleistet werden sollte. Dies erklärt die Langsamkeit des Marsches der Japaner und den Misserfolg bei dem Versuch, den Russen den Rückzug zu versperren, der mit sehr großer Geschicklichkeit geleitet wurde. Außerdem war das Gelände von Schlachten durchzogen, die den Japanern hinderlich.

Die baltische Flotte.

21 große russische Kriegsschiffe und 8 oder 9 Torpedoboote passierten Samts-Balt. Das deutsche Torpedoboot "Niederauer" ging um 1 Uhr Nachmittags in See, um das Geschwader zu begleiten.

**Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universität Sternwarte.**  
Nach Breslauer Ortszeit.  
(Mitteleuropäische Zeit plus 8 Minuten)

Oktober 19, 20.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.


<tbl\_r cells="4" ix="2" maxc



# Beilage zu Nr. 247 der „Volkswacht.“

Donnerstag, den 20. Oktober 1904.

## Erster allgemeiner Deutscher Wohnungskongress.

Konstanz, 18. Oktober.

Die Sitzung vom Dienstag begann mit der Besprechung des preußischen Wohnungsgesetzentwurfs.

Referent Reichstagsabgeordneter Jäger erörterte die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs. Wird er Gesetz werden? Das Schidell der lex Adicis von 1902, das im Abgeordnetenhaus auf Frankfurt beschränkt und noch dazu mancher wirkungsvollen Bestimmung entkleidet wurde, ist nicht verheizungsvoll. Der Entwurf ist allerdings ein großer Vorteil, aber eine grundfeste Hebung der Wohnungsverhältnisse wird er allein nicht herbeiführen. Wohl sichert er Mindestansprüche an die Wohn- und Schlafräume, gibt wichtige sozialpolitische Werte für die Aufteilung des Bodens, die Bebauungspläne, die Bauordnungen und die gemeindliche Steuerpolitik, aber er hat kein Mittel, gerade auf dem letztgenannten Gebiete die Gemeinden zu veranlassen, gegen die Sonder-Interessen der Grund- und Hausbesitzer zu handeln. Dass neben dem Entwurf das preußische Kommission-Wahlrecht bestehen bleibt, ist der größte Fehler. Sozialpolitische Gesichtspunkte grösster Stils müssen in die Gemeindeverwaltungen gerade dadurch hineingetragen werden, dass die Minderbemittelten, mit deren Interessen es sich bei der Wohnungssage am allermeisten handelt, mehr als bisher zur Verwaltung der Gemeinden herangezogen werden. An zwei wichtigen Punkten geht der Entwurf achtlos vorbei, an der Organisation des Baufredits für die Bedürfnisse der minderbemittelten Klassen und an der Bodenfrage. Kommt das Gesetz, wie dringend zu wünschen ist, zu stande, so wird die gesetzliche Wohnungsaufsicht, wenn sie nicht Schein und Trug werden soll, vermöge der Mindestansprüche an die Wohnungs- und Schlafräume und an die Kommissionssitzungen viele ihrer Wohnungen leer. Gewiss ist das Gesetz in gewissen Säume ein Polizeigesetz. (Sehr gut!) Es ist nötig, denn die Gemeinden haben bisher nichts getan. (Lebhafte Befürspruch.) Die Wohnungsaufsicht wird auf ein toles Gleise geraten, wenn das Bedürfnis zur Vermehrung des Raums von Kleinwohnungen und Kleinhäusern nicht schnell befriedigt wird. Möglicher bald nach Inkrafttreten des Gesetzes muss die Gesetzgebung auch den Bau von Wohnungen für die Minderbemittelten näherstellen. Zwei große Ursachen der Wohnungsnott liegen darin, dass das Privatkapital höchst ungern sich der Herstellung von Kleinhäusern für die Minderbemittelten zuwenden und dass die Grundbesitzer in der Regel den Boden erst dann abgeben, wenn der höchstmögliche Preis erreicht ist. Die Wohnungssage umfasst 3 große Gebiete: 1. Wohnungspolizei, Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege, 2. Aufteilung des Bodens und Bau der Wohnungen, 3. Bodenpolitik. Diese 3 Gebiete lassen sich nicht trennen. Der Staat muss auch dafür sorgen, dass Wohnungen für Minderbemittelte in genügendem Maße und zu solchen Preisen vorhanden sind, welche der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Klasse entsprechen. Die Konsequenz des Entwurfs ist daher auch die Sorge für billigen Baufredit und billiges Land. Für die Bodenpolitik kommt besonders in Betracht ein kräftiges Enteignungs-Recht mit Bauen, Errichtung und Räumenunterhaltung, die Versteuerung des Bodens nach dem gemeinen Wert und die Besteuerung des unverdienten Vermögens. Gewiss hat der Entwurf Mängel, aber wenn er zu stande kommt, so ist wenigstens der erste Schritt getan. Was helfen alle unsere Maßnahmen auf dem Gebiet der Volkshygiene, was helfen alle unsere sozialpolitischen Gesetze, wenn wir nicht für gefundene Wohnungen sorgen? (Sehr wahr!) Diese Wohnungsaufschwungspolitik führt den Einzelstaaten zu, aber auch das Reich darf nicht untätig sein, seine Aufgabe ist es, die Einzelstaaten zum Vorgehen zu veranlassen. Um die geistige und leibliche Not zu heben, muss energetisch auf der ganzen Linie vorgegangen werden. (Lebhafte Befall.)

Referat von Dr. Sinzheimer und über das Referat von Dr. Jäger erörtert.

Oberbaurat Prof. Baumeister-Karlsruhe empfiehlt die Einführung einer Reichs-Bauordnung.

Oberbürgermeister Wagner-Ulm

ist der Ansicht, dass die Gemeinden die Hauptträger der Wohnungspolitik sein müssen, sie seien moralisch verpflichtet, der Wohnungsnott zu steuern. Vorbedingung für die Schaffung von Wohnungen sei allerdings eine entsprechende Bodenpolitik und diese könnte nur von den Gemeinden betrieben werden. Die Stadt Ulm sei bestreitig, dass der Grund und Boden in ihre Hände zu bekommen, sie bestreite jetzt nicht als 2. der Gemarkung der Stadt und habe auch schon in den Vororten Gelände erworben. (Befall!) In 12 Jahren habe die Stadt etwa 150 Gebäude erworben, die mit einer Auszahlung von 10 Prozent verkauft wurden. In jedem dieser Häuser wohne nur eine Familie. Und dabei sitzen fast lauter Hausbesitzer in der Ge-

## Aus aller Welt.

Zum Selbstmord des Genossen Albert Schmidt werden noch nachträglich folgende Einzelheiten bekannt: Schmidt hätte am letzten Sonnabend Vormittags gegen 11 Uhr das Bureau der Volkswacht in Bielefeld, deren Geschäftsführer er bekanntlich war, verlassen und sich anscheinend zu Fuß nach Dasselbeck begeben, wo er sich, wie gemeldet, unweit dieses Ortes in selbstmörderischer Absicht vor den daheraussendenden Köln-Münsterer D-Zug warf. Dem Unglückslichen wurden von den Rädern des Zuges Kopf und Beine glatt vom Rumpfe getrennt, so dass der Tod auf der Stelle eingetreten ist. Der schaurige Vorfall wurde erst bemerkt, als der später folgende Zug die Unfallstelle passierte. Die zerstückelten Leichenteile wurden in einer Kiste verpackt und nach dem Leichenhaus in Brackwede gebracht. Der auf so grausame Weise aus dem Leben Geschiedene hatte vor Ausführung der Tat auf sein Chemistett die folgenden Worte geschrieben: „Ich kann die Qual nicht länger ertragen! Grüsst Frau und Kinder Albert Schmidt.“ Die Beerdigung wird vornehmlich auf dem Südfriedhof in Magdeburg stattfinden.

Todesriten mit einem Neger. Bei dem letzten Schützenfest in Heitersheimelte sich der Mauter Lanzendorf in einer Kneipe und erlor sich unter den anwesenden Ringkämpfern einen Neger, Neuwis mit Namen, als Gegner. Lanzendorf war ein ehemaliger Wehr, nur 115 Pfund schwer, und sah gegenüber dem hünenhaften Schwarzen wie ein Kind aus. Doch im Vertrauen auf seine als Mitglied des Kraftsportvereins „Kraft Heil“ erworbene Technik ging er lässig in die Arena. Der Neger fasste ihn sehr bald mit einem blitzschnellen Griff und schleuderte ihn zu Boden. Da Lanzendorf die Fäuste noch nicht mit beiden Schwertstücken berührte, also nach dem Reg. noch nicht für besiegt gehalten, packte ihn der schwarze Hercules, hob ihn dann nochmals empor, ob stieß ihn mit dem Kopf festen, zu die Erde. Der Neger häkte sich durch ein befehltes Lied des Brückenschlagens der Gefahr entziehen können; er prallte aber mit solcher Wucht aufs Erdreich, dass ihm fünf Halswirbel gebrochen wurden und er am nächsten Tage verstorben. Der siegreiche Neger, der behauptete, durchaus fair und nach den Regeln gehandelt zu haben, wurde vom Landgericht Nauvieden wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Kampf zwischen galizischen und russischen Bauern. Zusätzlich in Galizien wird gemeldet: Bauern des galizischen Gouvernements Sudlowice bestreiten Kämpfer auf russischen Gebiete, auf welche die bezweckten Bauern ihre Viehherden freien. Deshalb zu sehen, vielmehr kam der Tote gekämpft eben frisch und fröhlich vom

meindevertretung. Es gebe also unter den Hausbesitzern auch weiße Haken. Er bitte, den nächsten Wohnungskongress in Ulm abzuhalten. (Lebhafte Befall.)

Fabrikant Barth-München

preist die Vorzüglichkeit der Baugenossenschaften, spricht aber die Bedürfnisse aus, dass es dem Einfluss der Haus- und Grundbesitzer gelingen könne, den Staat zu einem ehrlichen Vorgehen gegen die Genossenschaften wie gegen die Konkurrenz zu veranlassen. Professor Enzo-Brentano-München (mit Befall empfangen) geht auf die Wohnungspolitik Englands ein. Man habe dort Millionen geopfert, aber den Arbeitern damit keine Wohnstätte erweisen, denn sie würden wie gehobenes Bild von einer überfüllten Wohnung in die andere getrieben. Man habe aber verabschiedet, für diejenigen, die durch die Wohnungsinpektionen aus den Wohnungen vertrieben wurden, Unterkunftsräume zu schaffen. Endlich sei man zur Gründung von Leidigenheimen übergegangen, und diese hätten sich glänzend bewährt. Auch in Mailand habe man damit gute Erfolge erzielt. Redner gibt eine anschauliche Schilderung des Leidigenheims in Mailand. Es ist Aufgabe der Gemeinden, sich auf diesem Gebiet zu beteiligen und entweder selbst zu bauen oder doch eine Zinsgarantie zu übernehmen. (Lebhafte Befall.)

Oberbürgermeister Werner-Cottbus

gibt zu, dass die Selbstverwaltungsbörger, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher noch nichts zur Inaugurierung einer Wohnungspolitik getan haben. Die Ursache hierfür liege in der Entwicklung der deutschen Städte, die seit 1870 mit Aufgaben überlastet waren, die große Summen erforderlich machten; er erinnere nur an Wasserleitung und Kanalisation. Von schlechtem Willen der Städte könne also nicht die Rede sein. (Befall.) Im Gegenteil, die Städte hätten Licht und Lust in die entlegenen Winkel gebracht. Im Ausland sei es weit schwimer. Nicht auf die Institution selbst kommt es an, sondern auf den Geist, von dem sie befreit wird; deshalb dürfe man nicht in der Weise, wie es geschiehen, das Hausbesitzerprivileg vernichten. (Sehr wahr!) Den Gedanken der Reichsbanordnung akzeptiere er nur, soweit sie sich auf das Urechte bezieht. Aber wie steht es mit der finanziellen Beteiligung des Reichs? Er halte nichts davon den Behörden, die ihre Wohnungen in immerhin schönen Worten dokumentieren. (Sehr gut!) Der preußische Staat röhme sich jetzt einer Tat, er habe einen Entwurf veröffentlicht. Im Jahre 1850 habe der Staat das gesamte von den Gemeinden in Obhut befindliche Land in Privatbesitz verwandelt, und seine Aussicht habe nicht verhindert, dass die Gemeinden weiter Land veräußerten und Gaswerke, Elektrizitätswerke und dergleichen der Privatindustrie ausließen. Ja, die Regierung habe sich in solchen Fällen vor sehr freundlich zu den Gesellschaften gestellt. (Lebhafte Befall.) Der Staat missbraucht sein Aufsichtsrecht. Jeder Bürgermeister, der einen Raden hat, müsse sich dem widersetzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Regierungen ließen sich zeitweise von gewissen Mobe-Ideen beherrschen, er erinnere nur an einen gewissen Herrn Scherl. (Sehr gut!) Schaffen wir erst mal eine Selbstverwaltung! Auf den wichtigsten Gebieten haben wir sie ja überhaupt noch nicht. (Sehr richtig!) Das Rovana-Eingemeindungsrecht siehe nur auf dem Papier, die Gesetze wurden auf dem Wege der Verwaltungspraxis rückwärts revidiert. Sehr notwendig sei eine Erweiterung des Eigentumsrechts der Gemeinden. (Sehr richtig!) das Prozeßverfahren in Enteignungsfällen bedürfe dringend einer Änderung. Redner geht nun mehr zu einer Kritik des preußischen Wohnungsgesetzentwurfs über und bemängelt namentlich, dass von großen und kleinen Gemeinden verschiedene Mindestanforderungen bezüglich der Wohnungsbauordnungen gestellt werden. Auf dem Lande sei eine Wohnungsaufsicht ebenso nötig wie in der Stadt. Gemeinden hätten sich hier in Frankfurt die Vertreter von 50 preußischen Städten mit 10- bis 50.000 Einwohnern auf folgende Resolution geeinigt: Die anlässlich des ersten allgemeinen Deutschen Wohnungskongresses in Frankfurt a. M. aus allen Teilen der preußischen Monarchie versammelten Vertreter von 50 Städten mit 10- bis 50.000 Einwohnern begrüßen den Versuch der preußischen Staatsregierung, die Wohnungssage auf gesetzlichem Wege ihrer Lösung näher zu bringen, mit Freuden, erachten aber den veröffentlichten Entwurf eines Wohnungsgesetzes in wichtigen Punkten noch für so abänderungsbedürftig, dass sie dessen Annahme nicht empfehlen können, und behalten sich die Begründung dieser Stellungnahme der Staatsregierung gegenüber vor. Er bitte, seine Ausführungen wohlwollend zu beurteilen, eingedenk des Wortes: „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben sind wir da!“ (Lebhafte Befall.)

Montague Harris

schildert die praktischen Erfolge der englischen Gartensiedlungs-Gesellschaften.

Schiermeister-Dranenburg

empfiehlt die Gartenstadt als Mittel zur Lösung der Wohnungssage.

Die Redegest wird auf 5 Minuten beschränkt.

Paul Kampffmeyer-Berlin

legt Artikel an der „Strelitzhofen Bodenwuchszeitung“, die der preußische Staat nach dem Urteil des Oberbürgermeisters Zweigert getrieben habe. Der Gesetzentwurf sei schlecht, und der preußische Landtag werde ihn vorwiegend noch verschlechtern. Der Entwurf mache vor den Herren mit dem geschilderten Strohdächern“ halt. Und das trog der Erhebungen protestantischer Geistlicher, die beweisen, wie sammervoll die Wohnungen auf dem Lande sind. Unsere Einrichtungen in Preußen seien vermödet (Unterhaut), sie müssten umgewandelt werden. Wie einst in England so müsste heute auch bei uns der Ruf erschallen: Die Massen gegen die Klassen! Derjenige, der diesen Ruf erhebe, werde allerdings nicht neben dem Grafen Böllow sitzen. (Ruf: Neben Singer!) Oberbürgermeister Körte-Königsberg

nimmt die Selbstverwaltungsbörger gegen den Vorschlag der Unfähigkeit auf dem Gebiete der Wohnungspolitik in Schutz. Die Selbstverwaltung sei nichts Überlebtes; wo ein gefunder Gemeinsinn lebe und wo eine zielbewusste Leitung vorhanden sei, da werde stets das Wohl der Gesamtheit über dem des Einzelnen stehen, und das könne auch von einer unrechtmäßigen Wirkung des Hausbesitzerprivilegs keine Rede sein. (Sehr wahr!) Heute hindere die Regierung vielfach die Gemeinden, eine gefundene Bodenpolitik zu treiben. (Befall.)

Franz Dr. Vilz Braun-Berlin

bemängelt die Vorschriften des Gesetzentwurfs über die Wohnräume der Dienstboten. Der vorgeschriebene Lustraum sei geringer als der für Gesetzogene (Hört, hört!), die Bestimmung bedürfe einer Sanctionierung der Hörigen. Die Dienstboten müssten einen Raum haben, wo sie sich nach des Tages Mühe und Lasten aufzuhalten könnten. Die Wohnungsinpektion darf nicht von dem preußischen Mädchen für alles, der Polizei, sondern von Hygienikern und Frauen ausgeübt werden. (Sehr wahr!) Die Frauen hätten am meisten unter dem Wohnungseid zu leiden. Bei willkürlichen Reformen auf dem Gebiete der Wohnungspolitik werde man nur durch Beseitigung des preußischen Wahl-Rechts (Oho!) kommen. Das allgemeine Wahlrecht müsse auch den Frauen zugestanden werden. (Befall und Befürspruch.) Besser wäre es, wenn an Stelle der Hausbesitzer im praktischen Leben siehende Frauen in größerer Anzahl den Kongress besuchen hätten. (Lebhafte Befall.)

Franz Henricke Fürth

weist auf das Mutterverhältnis zwischen Mutterhöhe, Einkommen und Kinderzahl hin. Kinderreiche Familien könnten nicht sehr schwer Wohnungssagen finden, sie müssten diese auch teurer bezahlen. 25 bis 30 Prozent des Einkommens müssten oft für Miete ausgegeben werden. (Lebhafte Befürspruch der Vertreter der Hausbesitzervereine.) Rednerin weist ferner auf die Gefahren des Schlagängertums hin. Auf weitere Fragen einzugehen, ist ihr nicht möglich, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Johann Baumer-Spandau

verlangt die Schaffung von Rentenbanken zur Ablösung der Anlegerbeiträge durch die Regierung.

Arbeitersekretär Mohren-Berlin

wünscht beamtete Wohnungsinpektoren, sowie Wohnungssiedlungen auch für das flache Land. (Befall.)

Oberbürgermeister Dr. Benke-Bremen

gibt zu, dass die Gemeinden bisher auf dem Gebiete des Wohnungswesens noch nicht viel geleistet haben, aber man dürfe nicht vergessen, welche Opfer die Gemeinden auf anderen Gebieten des öffentlichen Wohlfahrtsystems und auf dem des Schulwesens haben bringen müssen. Die Vorwürfe gegen die Hausbesitzer halte er für unbegründet. Die Gesetzgebung müsse so abgeändert werden, dass den Gemeinden eine verantwortliche Wohnungspolitik ermöglicht wird. (Befall.)

Professor Kubermann-Heidelberg

hält eine Belästigung des Wohnungseids nur für möglich durch ein Zusammenspielen des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen auf der einen, der Bauunternehmer und Baugenossenschaften auf der anderen Seite.

Fr. Büders-Berlin und Frau Goinger-Frankfurt a. M.

wünschen die Befreiung von Frauen zur Wohnungsinpektion.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

In seinem Schlusswort bezeichnetet Dr. Sinzheimer

die Ausführungen des Oberbürgermeisters Werner, dass die Kommunen mit anderen sozialpolitischen Aufgaben überlastet seien, als wäre er Ausred. Es erhebe sich ein ohnmächtigender Raum, der wohl 5 Minuten andauert. Man hört neben fortgesetzten Schlussreden Ruhe wie „Unverantwortlichkeit“, „Freiheit“, „Standart“. Es

gelde beim. Was tun? Auf ein Leichenmahl war man gestellt, und so zog denn die ganze Gesellschaft samt dem Totgeglaubten ins nahe Wirtshaus, wo die Stimmung sich schließlich dermaßen hob, dass die getrennten Ehegatten sich verschont in die Arme sanken, und weinten vor Schmerz und vor Freude.

Das Wiener Mörderpaar. Wie bereits gemeldet, ist es der Pariser Polizei gelungen, das Wiener Mörderpaar Kleis, das den Armentat Sikora auf bestialische Art ermordet hat, zu fassen. Der Chef der Sicherheitspolizei hatte erfahren, dass in einem Hause des Faubourg Saint Denis zwei Personen abgeschlagen waren, deren Leichnamen zu der Peitsche und von da in den Magen. Dort liegt der Geschwisterteil nun fest, und wenn er nicht von selbst abgeht, was man hofft, muss er durch Operation entfernt werden, die immer bedenklich sein wird. Dieser Fall mahnt wieder, dass man mit künstlichen Gebissen nicht vorsichtig genug umgehen kann.

6110 Mark verloren hat in Berlin ein alter Goldbrüder auf dem Wege von den Linden durch die Passage nach dem Postamt 54. Das Geld, das er in grösseren Geschäftsräumen eingebracht hatte, befand sich in sechs Tausendmarkstücken, einem Hundertmarkstchein und einem Hunderthalbstück in einem kleinen schwarzen Taschen, das er in seine Diensttasche gesteckt hatte.

Brudermod. In Witten bei Lichtenfels hat der Korbacher Georg Müller seinen 21jährigen Bruder während des Abendessens mit einer Jagdschlinge erschossen. Die beiden Brüder waren wegen der Jagd ihrer freien Männer in Streit geraten. Der Täter wurde verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis zu Bamberg eingeliefert.

Von einem Wildbube erschossen? Wie aus Kastellholz wird, ist der Waldwärter Ramenz aus Rehain seit Dienstag verhängt; man glaubt, dass er von einem Wildbube erschossen ist. Unter dem Verdacht der Tat ist gestern ein wegen Wildbube vorbestrafter Sohn des Obermüllers Vogel aus Lindenholz verhaftet worden.

Die Stadt Notwieden im Kreise Böhmisch Leipa wurde durch eine gewaltige Feuerbrunst heimgesucht. 150 Häuser brannten nieder und 2500 Bewohner wurden obdachlos. Die Abgebrannten sind zum größten Teil jüdische Familien.

Doch auch ein ganz schlechter Tag zu zweit kann zu einer guten Erfahrung werden. Da zeigt sich dieser Tag in einem Dorfe des Kantons Aargau. Da erschien nämlich plötzlich, nach dem Festzug vom Nachbardorf her ein Trupplein Feuerwehrleute, um ein: „Kannst du uns helfen?“

Das Schiff ist verbrannt. Die Chefin des Lokomotivbeamters Schröder in Wilhelm-Sibrum legte Mittags ihre beiden Kinder zum Mittagsschlaf in ihr Bett. Als die Mutter sich entfernt hatte, stand das dreijährige Söhnchen auf und stürzte mittels eines Streichholzes das Bett an, in dem das zweijährige Schwesternchen lag. Das Kind verbrannte, der Söhnchen starb an Verletzungen.

als der Referent die Versammlung wegen seiner "Entgleisung" um Entschuldigung gebeten hat, kann er seine Rede zu Ende führen. Als er von "vermoderten Kommunalbeamten" spricht, legt der Rat ein neues ein. Redner spricht zum Schluss die Hoffnung aus, daß die Bewegung zu Gunsten der Wohnungsbefreiung nicht eher ruhen wird, als bis das Reich seine Pflicht erfüllt hat. (Lebhafte Beifall).

Es folgt der dritte und letzte Hauptgegenstand:

### Wohnungsverstellung und Kapitalbeschaffung.

Landrat a. D. Dr. Heydweller-Denzerheide

bei Eins erachtet daß zusammenfassende Hauptreferat. Der gewerbliche sowohl als der gemeinnützige Wohnungsbau haben dem Bedürfnis nach Wohnungen nicht genügt gelassen. Die Wohnungsbefreiung muß daher unter Ausschaltung der angehenden Unternehmung und der Spekulation den Begriff der Gemeinnützigkeit und damit der Unterstützungsberechtigung durch die Allgemeinheit auf die gewerbliche Raumunternehmung ausdehnen. Unter den Grundlagen, nach denen die Gelder gegeben werden sollen, sei erwähnt, daß hauptsächlich nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze zu bildenden Kommissionen die Veräußerung, den Vorantrag und die Abrechnung zu prüfen haben. Zur Beschaffung der Kapitalien empfiehlt Redner nach dem Willen von Hessen-Darmstadt privilegierte Hypothekenbanken, etwa für den Anfang einer preußischen Provinz.

Im Anschluß hieran wurden einige wichtige Reformversuche und Projekte in Einzelvorstellungen erörtert. Landesrat Dr. Liebrecht-Hannover sprach über die Landesversicherungsanstalten und das Reichsvor gehen. Generalsekretär Dr. Grunenberg-Düsseldorf über städtische Baubanken und Gemeindegarantie für II. Hypothek, Regierungsrat Dr. Seidel-Wiesbaden über gemeinnützige Bau- und Hypothekenbanken auf Grundlage der Selbsthilfe, Landesrat Passarge-Königsberg in P. über die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen durch die Landesversicherungsanstalt Preussen. Die Förderung von Liebrecht geht darauf hinaus, daß die Errichtung der Landesversicherungsanstalten in Mittelpunkten des Kleinwohnungsbaus werden soll, und zwar soll durch Reichsgesetz den Landesversicherungsanstalten diese Aufgabe zur Pflicht gemacht werden. Das Geld hätte das Reich zu beschaffen, indem es den Sicherungsanstalten Reichsanleihechein in natura leistet mit der Bedingung, alljährlich einen der geleglichen Tumanschule der Reichsbehörden entsprechenden Teil in natura zurückzuführen, inzwischen aber die zur Verbindung der geliehenen Papiere erforderlichen Summen an das Reich abzuziehen. Dr. Grunenberg bezeichnete es als Aufgabe der Gemeinden, nach dem Anfang des Vertrahusses und nach ihrem finanziellen können sowohl den gemeinnützigen, als auch den erwerbsmäßigen Bauunternehmungen die für die Errichtung von Kleinwohnungen nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Zu diesen Zwecken seien Gemeindebanken bzw. Banken größerer Wirtschaftverbände gebildet werden. Die Ausführungen von Dr. Seidel gipfelten in folgendem Satz: Der Betrieb einer gemeinnützigen Bau- und Bauwesenbank, welche sich lediglich auf die Errichtung erster Hypotheken beschränkt, ist mit reiner Selbsthilfe durchführbar. Will die Bank aber ihren Geschäftsfeld aus zweiter Hypotheken ausdehnen, so bedarf sie der Garantie einer öffentlich-rechtlichen Konzession, welche in erster Linie von der Landesversicherungsanstalt anzustreben ist.

Mit Rücksicht auf eine aktiver gefallene Bemerkung erläutert Dr. Seitz in vom Reichsversicherungsamt, daß eine Entscheidung, wonach Tälerchen am Erbbaurecht nicht als mündelrecht anzuordnen seien, niemals ergangen ist. Nur in einem konkreten Falle sei die Mündelrechtsfreiheit als nicht verbindlich angesehen worden.

Wegen der verdeckten Zeit nimmt der Kongress keine von einer Diskussion über die Referate, die sich auf die Frage der Kapitalbeschaffung beziehen, Abstand. Diesigen Teilnehmer, die sich darüber interessieren, finden sich am Mittwoch zu einer Sonderbesprechung zusammen, die übrigens Teilnehmer bezeichnen die Wohlfahrtsinrichtungen konstituiert.

Mit der Endberatung eines zweiten Kongresses wird der Vorstand des Examinationsausschusses in Verbindung mit dem Ausschuss des Vereins Reichsversicherung bewilligt.

Den Abschluß des Kongresses bildete eine öffentliche Volksversammlung. Es sprachen Dr. Krug-Poehlheim-Berlin und Prof. Dr. Neisser-Frankfurt a. M. über Wohnungsbefreiung und Volksfrankenstein. Dr. Konser-Berlin über Wohnungsbefreiung und Altersheimbau, Dr. Dalmatinus und Dr. Mann über Wohnungsbefreiung und Familie.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 20. Oktober.

\* Der Magistrat und seine Beamten. Wir berichteten schon, daß sich die städtischen Bürobeamten in einer von rund 350 Beamten beiwohnten Versammlung mit der Magistratsverfügung betreffend die Übernahmen beschäftigt haben. Heute liegt uns ein längerer Bericht vor, dem wir in Anbetracht des allgemeinen Interesses, welches die Angelegenheit findet, nachstehendes entnehmen:

Der erste Redner, Rechtssecktor Timmings, bestätigte zunächst, daß der Magistrat nicht vor dem Erlaß der Verfügung mit der Beamtenfamilie in Verbindung getreten sei. Die Zusagen für die außerordentlichen Arbeiten an Gebäuden belaufen sich nicht auf 140,000 Mark!, sondern auf nur etwa 70,000 Mark, da den erfahreneren Beiträge ohne weiteres die mitteleigentümlichen 55,000 Mark für das ständig bestehende Fortschreibungsbüro und 35 Hilfsbeamten, die innerhalb der üblichen acht Dienststunden arbeiten, und ferner etwa 14,800 Mark für die Formulare zu den Tabellen abzurechnen sind. Die Zahl der dem Magistrat zur Verfügung stehenden Beamten sei nun aus 356 einschließlich Angestellten, 152 Dienern und Superintendenten und 97 Betriebsbeamten zusammengesetzt, jedoch nach Abzug der infolge vom Kriegsfall oder sonstiger Gründe nicht zu Verwendenden im Höchstmaß 600 St. und verbleiben, woraus erschließe, daß bei einem durchschnittlichen Betriebe von 0,70 Mk. pro Stunde und vierstündigem täglicher Arbeitzeit jeder Beamte nicht 10 oder 12 Tage, sondern etwa 6 Wochen lang unentbehrlich zu arbeiten hätte. Überdies ist es bei diesen Abhängigkeiten seinem Beamten möglich, sich auf die Arbeit einzurichten, um Land, welcher bei der meist unbedeutenden Arbeit von großen Erfolg auf die Schaffung der Erfüllung sei. Der Dienst der Freiheit bei der außerordentlichen Arbeit bestätigen höchstens 400–600 Mark beizutragen, wobei während des ganzen Winters täglich 4 Stunden über die Dienststunden hinaus hätte gearbeitet werden müssen; nur in einem einzigen Falle seien 1400 Mk. verdient worden. Die Schaffung der Schäden ist ebenfalls, soweit die städtischen Beamten schreibt, als ihre Kollegen im Staatsdienste behoben würden.

Der nächste Redner räumt die Prüfung des Gedankens: die Beamten seien besonders über die in demselben enthaltenen Drohungen erheitert. Seine Mäßigung hat sich für gescheint, jeden Bericht auch ohne Prüfung ausgerichtet. (Sieb.) Ist erneut, dass die beste Zusammenfassung und Sprache des Sachen ist, der Magistrat möchte vor dem Erlaß ähnlicher Verfügungen mit den Beamten in Verbindung treten; ein solches Verfahren sei für beide Teile von Vorteil. Hierbei müßten aber nicht nur die Zusammenfassungen, die nicht immer auf der Höhe der Sache ständen, sondern alle Beamtenkategorien berücksichtigt werden.

Bei besonderem Interesse waren die Ausführungen des Magistrats-Sekretärs Reißer, welcher u. a. sagte:

Die Besprechung ist nur das erste Schiff in der Flotte der Maßnahmen des Magistrats gegen die Beamten. Die Ergebnisse in der Gemeinschaft über breite anstrengende Maßnahmen zu beobachten, wie auch die zahlreichen einzelnen Maßnahmen einzeln bemüht werden, die nicht bloß die Freizeit zu lassen, um das Geschäft zu machen. Die Maßnahmen gegen die städtischen Beamten werden fortlaufend fortgesetzt und fortgesetzt. Als erste Maßnahme erfüllte 1900 die Erfüllung der Stellungnahme der Gewerkschaften über Dienstzeiten.

Über die Dienstvorschriften erhält alljährlich im September eine Anzahl Verfügungen zum "rückhaltlosen Bericht" über alle Beamten, denen nach der Befolgsordnung vom nächsten 1. April eine Dienstalterzulage verliehen würde. Über jeden Beamten durchschnittlich bis zu seinem fünfzigsten Lebensjahr ist ein solcher Bericht zu erstatten und jeder Bericht geht zu den betreffenden Personalakten. Also eine Kombination, wie sie der Staat nur beim Militär kennt! Über die staatlichen Bürobeamten wird mir berichtet, wenn die Dienstalterzulage verlangt werden soll. Der staatliche Dienstvorschriften erhält die Nachricht über die Bemühungen der Dienstalterzulagen — etwa im März — mit der Weisung zugesetzt, sie den beteiligten Beamten zu beenden oder, wenn Bedenken gegen die Gewährung der Dienstalterzulage zu erheben ist, sie mit ausführlichem Bericht zurückzuerheben. Also nur, wenn „geperzt“ werden soll, wird beim Staat berichtet, sonst nicht. Wir haben das System der Dienstalterzulagen seit 1893 und 7 Jahre ist es ganz gut ohne Berichte gegangen. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein, es bleibt eben die Einführung einer Kombination für die angeleiteten Beamten oder, wenn das nicht angestanden werden sollte, dann ist es Makulatur, Verfälschung an Arbeitszeit, Papier und Tinte, eine Vermeidung des unmindesten Schreibwerks! Eine weite schwere Maßnahme ist das Ortsstatut, betreffend die Ansiedlung der Kommunalbeamten vor 1900. Die Einführung der Ansiedlung auf Kündigung für den größten Teil der Beamten! Keine Übergangsbestimmungen für die vor 1900 eingetretenen Beamten! Ja, man wollte eben dadurch die Beamten klein machen; sie waren, nach dem Auspruch einzelner Magistratsgruppen,

ein großer Fehler gemacht. Wenn einem Beamten die Dienstalterzulage geperzt werden soll, dann muß es doch etwas Erhebliches verbrechen haben und das muß doch zu seinen Akten angezeigt werden sein. Die geschäftliche Behandlung erfordert eine Maßnahme, wie die eingeführte, durchaus nicht. Nein,